

blickpunkt

ZEITUNG DER DKP FÜR MÖRFELDEN-WALLDORF

Nichts ist vergessen



Am 11. September 2020 jährte sich der Militärputsch gegen den sozialistischen Präsidenten Chiles Salvador Allende zum 47. Mal. Mit seinem Wahlbündnis aus Sozialisten, Kommunisten und anderen Linkskräften, der Unidad Popular, wurde er im Jahr 1970 zum Präsidenten Chiles gewählt. Mit der Unterstützung der USA, durch internationale Wirtschaftsblockaden und schließlich durch den von General Augusto Pinochet angeführten Putsch, wurde Allende 1973 gestürzt und kam im Kampf um den Präsidentenpalast ums Leben. Die DKP, die SDAJ, die Linksjugend Solid und „Cuba Si“ hatten zu einer Gedenkkundgebung am Mörfelder

Salvador-Allende-Platz eingeladen. Rund 50 Teilnehmer waren erschienen. Die Begrüßung sowie einige einführende Worte sprach Herbert J. Oswald, der seinerzeit mit anderen das Chile-Solidaritätskomitee ins Leben gerufen hatte.

Er zeigte sich überrascht, über die Polizeipräsenz vor Ort – es waren zeitweise 6 Beamte abgestellt.

Tim Beyermann hielt eine Rede für die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ). In seiner Rede gab es eine umfassende Betrachtung über die Hintergründe des Putsches und die damalige Reaktion der BRD und der DDR. Er betonte, dass vor allem in der DDR die „Solidarität der Völker“

zur Staatsräson gehörte, was sich in der Aufnahme mehrerer Tausend Flüchtlinge aus Chile widerspiegelte. Anschließend verknüpfte er die aktuellen Proteste in Chile mit den Ereignissen von vor 47 Jahren.

„Das Land leidet seit der Machtübernahme durch General Augusto Pinochet unter derselben neoliberalen Wirtschaftsdoktrin. An der Ausbeutung Chiles und des globalen Südens, der sogenannten „Dritten Welt“ und der Schwellenländer, hat sich seit dem Putsch wenig geändert“, so Beyermann. Er meinte, dass wir erst dann keine „neuen Chiles“ mehr haben werden, wenn wir anstelle des

Fortsetzung nächste Seite





Solidaritätsaktionen haben in unserer Stadt eine große Bedeutung. Auf Antrag der DKP wurde damals der Allende-Platz benannt. In der Heinrichstraße wurde eine große Mauer von chilenischen Flüchtlingen bemalt.

Fortsetzung von Seite 1

Kapitalismus und der Konkurrenz der Völker eine sozialistische Alternative gestellt haben.

Als zweites sprach Robert Kohl Parra für die Linksjugend Solid (Kreis Groß Gerau). Er zeigte sich begeistert über die große Unterstützung der Veranstaltung durch die vielen, auch jüngeren Teilnehmer.

Parra brachte genau wie sein Vorredner die aktuellen Proteste in Chile, an welchen er auch selbst teilgenommen

hatte, mit den Ereignissen um den Tod Allendes in Verbindung. Er betonte, dass das Volk Chiles noch immer unter den Folgen der Diktatur Pinochets zu leiden habe. Bei den aktuellen Protesten in Santiago de Chile, nehmen bis zu 2 Millionen Menschen teil.

Abgerundet wurde die Veranstaltung von musikalischen Beiträgen. Lieder der Arbeiterbewegung aus Latein- und Südamerika wurden gesungen. Nachdem der offizielle Teil der Veranstaltung mit der Niederlegung

eines Gebäudes mit der Inschrift: „Es lebe Chile. Es lebe das Volk. Es leben die Arbeiter“, „Camarada Salvador Allende - presente, ahora y siempre“ beendet war, ließen die Anwesenden den Abend bei kühlen Getränken, Musik und angeregten Diskussionen ausklingen.

Damals wie heute gilt für uns: Solidarität mit den fortschrittlichen Kräften in Chile und auf der ganzen Welt!

Allendes Kampf bleibt uns ein Vorbild!



Der Brand im griechischen Flüchtlingslager Moria hat mehr als 12.000 Menschen in noch größere Not gebracht und ein Licht auf die zuvor schon elenden Bedingungen geworfen. In der aktuellen Debatte, ob Betroffene aufgenommen werden sollten, meldete sich Hessens Euro-

paministerin Lucia Puttrich (CDU) zu Wort:

„Dieser Gewaltausbruch einiger darf nicht belohnt werden. Weder durch eine Verlegung in andere europäische Länder noch bei der Dauer oder dem Ergebnis des Asylverfahrens“. Die AfD vertritt die gleiche Meinung.

Minister Seehofer, fällt angesichts eines niedergebrannten Geflüchtencamps nichts anderes ein als ein „Weiter so“. Seehofer handelt so, weil man ihn lässt, weil der Koalitionspartner SPD, ihn offenbar als „kleineres Übel“ sieht. Seehofer handelt jedenfalls nicht sehr viel anders, als es ein AfD-Heimatminister tun würde.

In jedem Kompromiss steckt ein Handel. Die CDU/CSU wollen Seehofer um jeden Preis an der Macht halten. Die SPD bekommt zur Beruhigung ein paar Prozentpunkte bei den Renten, dann ein wenig mehr Lohn für die, die noch Arbeit haben und hält still. Nach den NRW-Wahlen will sie jetzt aktiv werden, sagt sie.

Wann nimmt man solche Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht mehr in Kauf? Moria ist keine Ausnahme, kein Unfall - sondern ein Fanal, ein Zeichen für alle.



In unserer Stadt gibt es jetzt ein Bündnis für Respekt und Toleranz gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Hier arbeiten verschiedene Gruppen zusammen. Dabei sind: Omas gegen Rechts, der Förderverein Jüdische Geschichte und Kultur, Der Verein „Gegen Vergessen für Demokratie e.V.“, die Margit-Horváth-Stiftung, das Kinder- und Jugendforum, die Aktion Toleranz, das Evangelische Zentrum und die Museen Mörfelden-Walldorf. Bei ersten öffentlichen Treffen stellte sich das Bündnis vor.

In seiner Gründungserklärung heißt es u.a.:

Die Demokratie und der Rechtsstaat in Deutschland sind seit den 1990er Jahren zunehmend gefährdet. Antisemitismus, Antiislamismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind bis in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen und bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieser Entwicklung stellt sich das überparteiliche „Bündnis für Respekt und Toleranz – gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ entgegen. ...

Kontakt: integrationsbuero@moerfelden-walldorf.de



Auf der Straße

J. W. v. Goethe

**Es ist nicht genug zu wissen,
man muss auch anwenden;
es ist nicht genug zu wollen;
man muss auch tun.**

In den Zeitungen gibt es die Bilder von Kleinkindern, die auf der Insel Lesbos auf der Straße übernachten. Wir sollten bei diesen erschütternden Fotos immer auch an unsere Kinder und Enkelkinder denken. Das neugegründete „Bündnis für Respekt und Toleranz, gegen Rechts-

extremismus und Rassismus“ setzt sich in einer Resolution dafür ein, dass sich unsere Stadt zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland bereit erklärt.

Hier heißt es u.a.:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Stadtverordnete, wir bitten Sie, sich mit Nachdruck für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland einzusetzen. Das Elend der Menschen aus dem Lager Moria ist erschütternd und unerträglich. Wir dürfen nicht nur zuschauen! Wir müssen unsere politisch Verantwortlichen bewegen, menschlich zu entscheiden.

Bitte tun Sie ALLES, was Ihnen möglich ist!



Pressegespräch der DKP/LL-Fraktion

Kläranlage - kein Ende der Kostenentwicklung

Die Erweiterung und Sanierung der Kläranlage sorgt für Schlagzeilen. Die DKP/LL sieht kein Ende der Kostenentwicklung und erheblich steigende Abwassergebühren für die Bürger. Deshalb wird nun ein sofortiger Bau- und Planungsstopp gefordert.

Die Fraktion der DKP/LL stellte bei einem Pressegespräch ihre Meinung und ihre Initiativen vor.

Im Antrag der DKP/LL-Fraktion heißt es u.a.:

„Der Magistrat wird beauftragt, einen sofortigen Planungs- und Auftragsvergabestopp für die Erweiterung der Kläranlage anzuordnen.

Die bisherige Planung ist durch ein neutrales Fachunternehmen überprüfen zu lassen.

Im Rahmen dieser Überprüfung ist allen Fragen und Hinweisen der „Bl Kläranlage Mörfelden-Walldorf“ zu Betrieb, Umbau und Erweiterung der Kläranlage nachzugehen.“



Die Ausführung all dieser und anderer Planungen wird Kosten von über 45 Millionen verursachen und – zumindest übergangsweise – zu einer Abwassergebühr von 5,00 / Kubikmeter führen (zum Vergleich Frankfurt: 1,45 / cbm, Rüsselsheim: 1,82 / cbm).

Das bedeutet für eine vierköpfige Familie Mehrausgaben von ca. 400,00 Euro pro Jahr.

In der Begründung heißt es u.a.:

- Die bisherige Praxis des „Fahrens“ der Kläranlage, der Erneuerung von Maschinen und Anlagenteilen, die Praxis der Mitarbeiterführung, und die Auswahl der an der Planung maßgeblich beteiligten Personen und Institutionen lässt erhebliche Zweifel daran aufkommen, dass hier fachgerecht, den Verhältnissen angemessen und in einer den finanziellen Möglichkeiten der Stadt Mörfelden-Walldorf und ihrer Einwohner angepassten Art und Weise geplant wurde. ...
- Die bisherige Leitung und das „Fahren“ der Anlage ist seit etwa 2002 von ungünstigen Umständen geprägt:
- Auffallend hohe Fluktuation unter den Mitarbeitern
- autoritärer Führungsstil, selbstherrliche Entscheidungen ...
- Mangelnde Dienstaufsicht der Anlagenleitung durch die Stadt ...
- Austausch von Maschinen und Anlagenteilen, die noch weiter hätten genutzt werden können, so wie es

in umliegenden Kläranlagen der Fall ist

- Entsorgung anstatt Verwertung ausgemusterter Maschinen und Anlagenteile ...
- Die Stadtwerke / Stadtverwaltung planen derzeit eine von Umfang und Kapazität überdimensionierte Erweiterung der Kläranlage.
- Es gibt zahlreiche nicht notwendige Redundanzen.
- Beispielsweise soll die Notstromversorgung auf 3 Tage ausgelegt werden, obwohl es keine Vorschrift gibt, die das verlangt. Zwölf Stunden genügen völlig.

(Der Wortlaut des Antrages ist auf der Webseite der DKP/LL nachzulesen.)

Wir haben in den letzten Wochen viele Spenden erhalten.

DANKE!

**Das blickpunkt-Spenden-Konto:
Kreissparkasse GG**

IBAN DE37508525530009003419

Lasst die Bücherei im Ort!

In einer Erklärung heißt es: Der DGB-Ortsverband Mörfelden-Walldorf hat sich in seiner letzten Sitzung mit der geplanten Schließung der Erwachsenenbibliothek in Mörfelden befasst und protestiert heftig gegen diesen Akt des Vandalismus. Gehört Literatur nicht zum Horizont der Rathauskoalition oder ist das nur ein weiterer Vollzug der neoliberalen Offensive? Muss man den Stadtverordneten den Wert von Literatur erklären?

Muss man darauf hinweisen, dass gerade für die gering Verdienenden, deren Anteil an der Bevölkerung wächst, ein barrierefreier Zugang zur Literatur notwendig ist?

Zusammenlegung mit der Walldorfer Bücherei führt zu geringerer Nutzung. Die Wege werden weiter. Der Verkehr nimmt zu.

Wie mit Hilfe dieser Schließung die Innenstadt belebt werden soll, ist uns ein Rätsel.

Wir unterstützen die Initiative, die protestiert und Unterschriften sammelt.



Grab von Wilhelm Hammann als Gedenk- und Erinnerungsort gestalten

Der Kreisvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft setzt sich mit Nachdruck für den Erhalt des Grabes von Wilhelm Hammann auf dem Groß-Gerauer Stadtfriedhof ein. Er schlägt den im Kreistag bzw. im Groß-Gerauer Stadtparlament vertretenen Fraktionen vor, das Grab als Gedenk- und Erinnerungsort zu erhalten. Es sollte eine Tafel aufgestellt werden, die über die Person Wilhelm Hammanns informiert.

Die GEW kritisiert den ungepflegten Zustand des Grabes des ehemaligen Landrates von Groß-Gerau, Wilhelm Hammann. Sie erinnert daran, dass Wilhelm Hammann bis heute der einzige Bürger aus dem Kreis Groß-Gerau ist, der von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern“ geehrt wurde. Diese besondere Auszeichnung verleihe Yad Vashem Menschen aus aller Welt, die während der Zeit der Naziherrschaft Jüdinnen und Juden vor Verfolgung und Tod bewahrt haben. Für die GEW ist es vor dem Hintergrund von zunehmendem Rassismus, Antisemitismus und rechtsextremer Hetze in Deutschland dringend geboten, an das positive Beispiel der Menschen zu erinnern, die sich der Naziherrschaft aktiv entgegenstellten. Dies gelte insbesondere dann, wenn sie vor Ort gewirkt haben und dafür stehen, dass auch „kleine Leute“ im Kampf gegen die NS-Diktatur aktiv waren.

Die GEW weist darauf, dass der Lehrer Wilhelm Hammann als kommunistischer Politiker nicht nur ein entschiedener Gegner der Nazis war. Er kämpfte auch gegen die Überreste monarchistisch-obrigkeitsstaatlichen Denkens in der Weimarer Republik und – für die GEW besonders bedeutsam – gegen die Prügelstrafe.

Fast die gesamte Zeit der Naziherrschaft verbrachte Hammann in Haft, zunächst im Zuchthaus Rockenberg in Butzbach und später im Konzentrationslager Buchenwald. Es gelang den Nazis aber nicht, seinen aufrechten Gang zu brechen. In Buchenwald war Hammann im Lagerwiderstand aktiv und ab Anfang 1945 für den Kinderblock (Block 8) verantwortlich. Hier erteilte er Unterricht und instruierte die Kinder, wie sie sich gegenüber den

SS Wachmannschaften zu verhalten hatten. So erlebten insgesamt 904 Kinder und Jugendliche das Ende des Naziterrors. In den letzten Kriegstagen sollte das Lager evakuiert und die Häftlinge auf Todesmärsche geschickt werden. Bei den Kindern sollten die jüdischen Kinder als erste marschieren, was ihr sicherer Tod gewesen wäre. Mit Hilfe der illegalen Widerstandsorganisation im Lager wurden die Karteikarten geändert und aus jüdischen wurden ungarische Kinder. Als die SS die jüdischen Kinder abholen wollte, stellte sich Wilhelm Hammann schützend vor sie und erklärte, dass es keine jüdischen Kinder im Lager gäbe. Nicht nur aufgrund dieser mutigen Tat sollte sein Grab in Zukunft ein würdiger und informativer Ort des Erinnerens und Gedenkens werden.

Die Bundeswehr kann künftig auch mit Drohnen töten

In Israel startete die Drohne Heron TP. Das unbemannte Fluggerät wurde dort entwickelt. Die Heron TP trägt das Eiserne Kreuz am Rumpf und die deutsche Fahne an den Leitwerken. Im Juni 2018 hatte die Bundesregierung einen Vertrag mit dem israelischen Verteidigungsministerium geschlossen. Seit 2018 läuft die Ausbildung der Drohnenbesatzungen. Vorbehaltlich weiterer Tests steht einem TP-Kampfeinsatz noch in diesem Jahr nichts mehr im Wege.

Die Militärs sind zufrieden. Gegenüber der von der Bundeswehr seit Jahren eingesetzten Aufklärungsdrohne Heron 1 wurden die Sensoren verbessert, die Flughöhe auf 12.000 Meter gesteigert und die Verweilzeit über dem Zielgebiet auf über 40 Stunden nahezu verdoppelt.

Und: Heron TP wird bewaffnet sein. Damit wachsen die strategischen, operativen und taktischen Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr, also deren Überlegenheit auf weltweiten Kampfplätzen, deutlich.

Kritiker der Bewaffnung sagen zu recht, dass damit eine neue Qualität der Kriegsführung erreicht werde. Drohnen seien Teil einer gewaltigen

digitalen Revolution im Militärwesen, in deren Verlauf irgendwann – so die Befürchtung – „intelligente“ Maschinen mit anderen Maschinen aushandeln, welche Menschen wann, wie umgebracht werden. Zudem, so ein weiterer Kritikpunkt, wird mit Drohnen gegenüber weniger entwickelten Gegnern eine militärische Überlegenheit geschaffen, die



Waffengänge risikoloser und damit machbar erscheinen lassen. Auch der räumliche Abstand zwischen denen, die weitab vom Schauplatz des Geschehenes Raketen abschießen, und den Opfern ihres Tuns trage dazu bei, dass Kriege noch inhumaner werden. Seit den ersten Überlegungen zu einem möglichen Umstieg auf bewaffnete Drohnen versprach die Bundesregierung, dass es eine breite gesellschaftliche Debatte geben soll, bevor entschieden wird. Das Versprechen wurde nicht eingelöst. Bei den Gesprächen wurde auch kein Wort verloren über Profite, die beim Bau der militärischen Drohnen erzielt werden.

Alles ist zu hinterfragen

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganzen Erdkugel. Überall muss es sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.“
Karl Marx

Tagelang in allen Medien: „Putin, Minsk, Belarus, Nawalny, Giftanschlag, Nord Stream, Lukaschenko, Kolesnikowa, China, Hongkong“.

Täglich neue Anschuldigungen, täglich Wiederholungen. Es geht wieder einmal um die Russen, vor allem um die Russen. Wer blickt noch durch? Was ist von alledem zu halten?

„Eigentlich“, so sagte uns ein alter Mörfelder, „warte ich nur noch darauf, dass Trump erklärt, die Chinesen oder Putin stecken hinter den Waldbränden in Kalifornien“. Bei Trump und im US-Wahlkampf muss man sich auf alles gefasst machen.

Viele Menschen machen sich Sorgen. Sie spüren, da wachsen Gefahren, Spannungen. Gefahr für eine friedliche Zukunft.

Was tun?

Natürlich kann man warten, bis sich der Nebel lichtet. Aber ein paar Erfahrungen wollen wir doch jetzt schon niederschreiben.

Vor allem gilt: jetzt alles hinterfragen. Wirklich, jede Meldung ist zu hinterfragen.

Vor allem muss man wissen: keinem Geheimdienst der Welt ist zu glauben. Vor allem dann, wenn es um Profite, Machterhalt, Wahlen geht. Geheimdienste sind geheim, deshalb nennt man sie auch Geheimdienste!

Ob es Russen waren mit ihrem FSB, oder die CIA - keiner weiß, wer was eingefädelt, wen er vergiftet oder erschossen hat.

Wir wissen doch spätestens seit James Bond von der MI5-„Lizenz des Tötens“. Der israelische Mossad gibt diese Praktiken offen zu.

Die Franzosen haben mit Versenkung der „Rainbow Warrior“ von Greenpeace auch gezeigt was die Dienste alles so hinkriegen.

Die mächtige US-Fracking-Industrie will auf keinen Fall die Erdgasröhre „Nord Stream 2“. Kann man da nichts einfädeln?

Wenn man Konflikte für seine Pläne braucht, wenn man die Grenzen verschieben will, wenn man Rüstungskosten steigern will, muss man das auch vorbereiten.

Immer auch fragen „Wem nützt es?“

Die Sowjetunion hat im Zweiten Weltkrieg ungeheure Verluste erlitten. Keine Familie ohne Gefangene, Erschossene, Verhungerte. Der Krieg kam aus dem faschistischen Deutschland.

Nach dem Ende der Sowjetunion kamen dort Oligarchen ans Ruder. Milliarden aus dem Volksvermögen wurden gestohlen und kamen in private Hände.

Die folgende Zeit war nicht immer zu durchschauen. Es gab viele unterschiedliche Entwicklungen, es gab natürlich auch große Hoffnung, als wieder eine gewisse Ordnung einkehrte. Neues Selbstbewusstsein entstand.

Man versprach Russland: Die Nato wird nicht näher kommen. Entspannung am Horizont, Putin sprach im Bundestag und es gab viel Beifall.

Aber dann rückte die Nato immer näher an Moskau heran. Nato manöver in den baltischen Staaten. Der Maidan in Kiew, die Wiederangliederung der Krim.

(Die gesamte Schwarzmeerflotte Russlands hat dort ihren Hafen. Hat sich wirklich einer gewundert über die Maßnahmen Russlands?)

Und jetzt Belarus, Lukaschenko, der Aufstand der Massen. Glaubt wirklich einer, das alles käme von selbst? Millionen Dollar und Euro gehen nach Minsk - und natürlich denken die CIA und andere: diese Millionen sind gut angelegt. Es gibt einen Land- und Einflussgewinn - ein Krieg wäre teurer.

Also wirklich immer fragen: Cui bono? Die schon klassische Frage „Wem zum Vorteil?“ sollte immer die erste Frage sein!

Und was kommt dann?

Wer sich die heutigen Grenzen ansieht, weiß wenn Weißrussland fällt, rücken die Nato-Staaten näher an Russland heran. Offen wünschen sich Westpolitiker den „Maidan“ auf dem Roten Platz.

Ein Blick in die jüngste Vergangenheit kann da nützlich sein.

Kapitalistische Staaten haben viele Kriege untereinander geführt mit ungeheuren Opferzahlen. Das Kapital profitierte an der Rüstung und dann wieder am Aufbau.

Sind wir uns sicher, dass heute alles anders ist?

Heute ist der Kapitalismus nicht so stark, wie viele meinen.

Wer eine Landkarte in die Hand nimmt, spürt wie es weitergehen könnte. Belarus, Frontbegradigung. Wieder ein Schritt.

Die nächsten sind schon in Planung: Den „Maidan“ auf dem Roten Platz, Regime change auch in Russland.

... und dann sieht man schon die ungeheure Weite des Landes. Neue Geschäftsmöglichkeiten, neue Ressourcen, Öl und Gas, riesige Wälder, neue Absatzmärkte für Amazon und Walmart, die Autokonzerne, die Chemieriesen und die großen Banken. Ist so was denkbar?

Täuschen wir uns?

Und was hat man mit China vor? Die werden doch jetzt fast auch immer mit Russland in einem Atemzug genannt. Und zwar nur negativ!

Wer will schon einen großen Krieg?

Die Völker haben ein langes Gedächtnis, hören wir. Nichts ist vergessen, meinen wir.

Bertolt Brecht schrieb 1952:

Das Gedächtnis der Menschheit für erduldeten Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. ...

Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!

Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind!

Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind,

und sie werden kommen ohne jeden Zweifel,

wenn denen, die sie in aller

Öffentlichkeit vorbereiten,

nicht die Hände zerschlagen werden.

„Kleinkriege“ auch unter deutscher Beteiligung mit ungeheuren Opferzahlen und anschließenden Flüchtlingsströmen gibt es ständig.

Aber dann hören wir in Gesprächen: Niemand wagt einen großen Krieg im Atomzeitalter.

Auch diese Aussage ist zu hinterfragen! Warum bastelt man sonst „Mini-Atomwaffen?“

Natürlich wollen vor allem die Rüstungsindustrie und ihre „eingekauften“ Lobbyisten Konflikte möglich machen und vorher und nachher daran verdienen.

Die Wahrheit ist stets das erste Opfer im Krieg

Kriege wurden in den Köpfen der Menschen immer vorbereitet und Kriegsbereitschaft kann man herstellen. Bei uns sind es meist die Russen, die an allem schuld sind: Natürlich auch mal der „Blutsäufer“ Assad oder der „Verrückte Gaddafi“. Viele Berichte sind nie zu überprüfen und die Wahrheit ist stets das erste Opfer im Krieg.

Kriege beginnen mit Lügen

Der angebliche Überfall polnischer Truppen auf den Sender Gleiwitz (am 31. August 1939). So wurde der II. Weltkrieg begonnen.

Der Tonkin-Zwischenfall 1964. Ein angeblicher Überfall der Nordvietnamesen auf die US-Flotte. Mit dieser Falschmeldung begann der Einstieg der USA in den Vietnam-Krieg.

Am 11. September 1973 hat die faschistische Soldateska von General Pinochet gegen die freigewählte Regierung Allende gepusht.

Wer hat „mitgepusht?“

Zehntausende wurden ermordet.

Das Steuerungs-zentrum der blutigen Aktion befand sich in Washington und ist auf immer mit einem Namen verbunden:

Henry Kissinger. Er, der gebürtige Ulmer, war sei-nerzeit für

die von den USA weltweit betriebenen Systemchange-Aktivitäten an vorderster Front verantwortlich.

Auch die Kriege gegen

den Irak und Libyen begannen mit vorbereiteten Geheimdienst-Lügen. Auch hier kam die Wahrheit erst Jahre später ans Tageslicht. Die US-Regierung legte z.B. gefälschte Beweise für Bagdads „unerlaubte Waffenprogramme“ vor. Das war die Begründung für den Einmarsch der sogenannten „Koalition der Willigen“ in den Irak. Dieser Irak-Krieg begann am 20. März 2003.

Auch der Krieg gegen Libyen begann mit Lügen. Am 20. März 2011 begannen die USA mit dem Angriff. Wieder einmal wollte man einen „Blutsäufer“ (so Kommentare) erledigen. Diesmal war es Gaddafi.

Die Zahl der Getöteten stieg schnell an. Die Zahl der Flüchtlinge wächst bis heute ohne Ende.

Meistens ging es bei den Auseinandersetzungen um Öl

Wenn man mit Abstand diese jüngste Entwicklung betrachtet, kann man sagen: Es ging eigentlich nie um Personen, es ging um Öl und andere Ressourcen und die freien Handelswege für das große Kapital. Die USA und ihre „Willigen“ haben Saddam Hussein, Muammar al-Gaddafi und viele andere „erledigt“, aber nichts wurde besser. Es ist kein einziger Fall bekannt, in dem das gewaltsame Eingreifen der (noch) US-dominierten Nato, nicht vielfach mehr Menschenleben gekostet hat, als sie zu schützen vorgegeben hatte.

Wer Frieden und Entspannung will, muss aktiv werden

Die Friedensbewegung fordert von der Politik, die Logik des Krieges zu durchbrechen und sich der Logik des Friedens zu öffnen.

Wir dürfen uns nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir wissen: Bei den Kriegen unserer Zeit, auch bei den aktuellen Spannungen, gibt es auch Gewinner: vor allem die private Rüstungsindustrie und viele Großbanken.

Solange Rüstung ein profitables Geschäft ist, ist der Frieden immer in Gefahr. Das alles müssen wir im Kopf haben, wenn die täglichen Meldungen „Putin, Minsk, Belarus, Nawalny, Giftanschlag, Nord Stream, Lukaschenko, Kolesnikowa, China, Hongkong“ auf uns niederprasseln!





Moria ein brennendes Thema

Das Thema wird in jeder Talk-Show rauf und runter diskutiert. Fast jeder schiebt die Verantwortung auf andere. Da kann sich aber keiner mehr rausreden. Moria brennt weiter - in den Köpfen und bei vielen Menschen auch in den Herzen.

Die ehemalige Militäranlage Moria, umgebaut zu einem Menschenlager ohne Wasser, ohne Wärme, ohne Würde, stand bereits im September 2019 und im März 2020 in Flammen. Jedes Mal sind dabei Menschen, auch Kinder, im Feuer umgekommen.

Ach ja: Die Europäische Union wurde für „Frieden, Versöhnung, Demokratie und Menschenrechte“ mit dem Nobelpreis ausgezeichnet.

blickpunkt Geschichte

Die wenigsten wissen es

Früher schon gab es immer wieder Sendungen im Fernsehen über das Unrecht in der DDR. Unrecht und Verletzung der Menschenrechte, so die Inhalte, gab es in den Zeiten des Kalten Krieges nur im Osten.

Jetzt gerade gibt es eine Entwicklung die ähnlich verläuft. Offenbar ist bereits ein neuer „Kalter Krieg“ im Gange. Dabei sollten wir wissen, wie gefährlich sich alles entwickeln kann.

Im Suhrkamp-Verlag erschien „Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968“. Immer noch ein Standardwerk, das Rechtsgeschichte geschaffen hat. Eine erste administrative Maßnahme war damals die Entfernung der KPD-Mitglieder und anderer Linken aus

dem öffentlichen Dienst, die durch einen Beschluß der Bundesregierung vom 19. September 1950 eingeleitet wurde. Zugleich bekämpfte man die politische Tätigkeit der Kommunisten durch den expansiven Rückgriff auf Mittel des Polizeirechts. Man verbot Umzüge und Versammlungen. Demonstrationen, die dennoch stattfanden, wurden rigoros und zum Teil gewaltsam unterbunden. Bei der Jugendkarawane, an der 30.000 Bürger der BRD teilnahmen, wurde der 21jährige bayrische Kommunist Philipp Müller am 11. Mai 1952 in Essen durch die Polizei erschossen.

Bereits 1951 waren die FDJ, die VVN und andere demokratische Zusammenschlüsse verboten worden. Im Zeitraum von 1951 bis 1958 ergriffen die Bundesländer 80 gleichartige Maßnahmen wegen „kommunistischer Unterwanderung“.

Bereits am 30. August 1951 war das Erste Strafrechtsänderungsgesetz mit gleicher Stoßrichtung beschlossen worden. Es öffnete dem Mißbrauch des politischen Strafrechts, das von übernommenen Nazijuristen angewandt wurde, Tür und Tor.

Der Bundesgerichtshof folgte der These des faschistischen Volksgerichtshofs, nach der „Kommunisten durch ihre gesamte politische Betätigung permanent den Hochverrat vorbereiten“ und dafür zu bestrafen seien. Auf Betreiben der Adenauer-Regierung verbot das Bundesverfassungsgericht

am 17. August 1956 die KPD, womit alle bisherigen und künftigen Repressalien legitimiert werden sollten. Die Verfolgung richtete sich auch gegen entsprechende Meinungsäußerungen. Unter die Strafwürdigkeit fielen politische Auftritte, Stammtischgespräche und selbst Trauerreden an Gräbern von Kommunisten. Allein das Tragen einer roten Mainelke konnte bestraft werden. Der Verfolgungseifer widerspiegelt sich in der Zahl der Ermittlungsverfahren. Allein von 1953 bis 1958 gab es 46.476 Fälle. Man nimmt an, daß zwischen 1951 und 1968 etwa 125.000 Personen direkt betroffen waren. Weitere 250.000 seien bei Ermittlungen gegen Kommunisten mit erfaßt worden. Einen noch größeren Personenkreis hätten Nachforschungen der Politischen Polizei und des Verfassungsschutzes betroffen. Schon 1964 erklärte der spätere Bundesinnenminister Maihofer, die Zahl solcher Verfahren gegen Kommunisten hätte einem ausgewachsenen Polizeistaat alle Ehre gemacht.

Oft seien Entlassungen trotz guter Arbeitsleistungen erfolgt. Entsprechend orientierte Studenten habe man nicht zum Examen zugelassen. In etlichen Fällen seien Gewerbe genehmigungen verweigert, Reisepässe nicht ausgestellt oder Führerscheine entzogen worden. Die Herausgeber dieser Zeitung können dies alles bestätigen. Man sollte es jedenfalls wissen und es nicht vergessen.

www.dkp-mw.de
[youtube.com/sockatv](https://www.youtube.com/sockatv)
[instagram.com/dkpmwewa](https://www.instagram.com/dkpmwewa)
[facebook.com/dkplinkliste](https://www.facebook.com/dkplinkliste)
t.me/fortschrittliche_corona_infos

Mehr Infos unter...

BLICKPUNKT

Herausgeber:
Deutsche Kommunistische Partei (DKP),
Mörfelden-Walldorf
Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22,
Mörfelden
RudiH@dkp-mw.de / www.dkp-mw.de